



## SITZUNGSPROTOKOLL - ÖFFENTLICH

### Ausschuss für Technik und Umwelt, 1. Juni 2011

**Dauer:** 17:30 bis 20:45 Uhr

**Sitzungsort:** Altes Rathaus, Bürgersaal

**Vorsitzender:** Franz Schaidhammer, Oberbürgermeister

**Schriftführung:** Tanja Fritz

**Urkundspersonen:** Stefan Seewöster, Susanne Merkel-Grau

**Gäste:** zu TOP 1 Herr Nübling, Herr Bernecker und Herr Kaiser, Firma Arcadis

**Anwesende Mandatsträger/-innen:**

Becker, Karin  
Blaser, Jürgen  
Bruder, Dieter, bis einschließlich TOP 3  
Deschner, Klaus  
Eger, Britta  
Merkel-Grau, Susanne  
Rothenhöfer, Klaus  
Sauer, Gerolf  
Schindler, Michael  
Schroth, Günter  
Seewöster, Stefan  
Wagner, Kurt  
Weimer, Michael  
Ziehensack, Richard

**Entschuldigte Mandatsträger/-innen:**

**Anwesende Verwaltungsmitarbeiter/-innen:**

Monika Stein, Frank Schröter, Harald Schneider, Martin Kreim, Anja Dahner, Natascha Flachs, Monika Görlitz, Karl Schweinfurth, Meinrad Singler, Carolin Schomakers, Matthias Metzner

Die Beschlussfähigkeit wurde vom Vorsitzenden zu Beginn der Sitzung festgestellt. Die Einladung und Übermittlung der Tagesordnung ist form- und fristgerecht erfolgt. Einladung, Tagesordnung und ggf. Vorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

## **1 Sanierungsuntersuchung und Sanierungsplanung Altlast Schafbuckel Wiesloch** Vorlage 96/2011

Frau Stein verwies auf die Vorlage. Die Maßnahme sei förderfähig zu 50 bis 90 %, je nach Finanzkraft der Gemeinde. Insofern seien die Chancen für eine 90-prozentige Förderung recht gut.

Herr Nübling, Herr Bernecker und Herr Kaiser erläuterten den Sachverhalt, siehe Präsentation.

Stadtrat Weimer (SPD) fragte, ob es noch Überraschungen geben könne, wie beispielsweise eine Grundwassersanierung.

Herr Nübling antwortete, dass das Grundwasser bereits eingehend untersucht wurde und keine weiteren Maßnahmen zu erwarten seien. Es bestehe keine akute Gefährdung, am derzeitigen Zustand könne man aber auch nichts ändern.

Stadtrat Bruder (FWW) sprach die Eigentumsverhältnisse an. Er fragte, wem die Grundstücke gehören und warum Wiesloch sanieren müsse. Die Sanierung sollte doch besser das Land finanzieren, das habe als frühere Genehmigungsbehörde ja den Zustand erlaubt.

Herr Kaiser antwortete, dass es nicht nur ein Bergbauthema sei, sondern auch die Stadt Material auf dem Schafbuckel abgeladen habe. Er wisse nicht wie die Rechtsnachfolge für den ehemaligen Bergbaubetrieb aussehe. Wiesloch habe vor Jahren einen Fördermittelantrag gestellt, somit habe sich Wiesloch zu dieser Altlast bekannt. Er persönlich glaube nicht, dass man die Sanierungskosten an die Grundstückseigentümer weitergeben könne.

Stadträtin Merkel-Grau (Grüne) fragte, wie lange die Befestigung voraussichtlich halte, und ob sie beispielsweise alle 20 Jahre neu verankert werden müsse. Sie fragte weiter, ob bei Starkregen nach wie vor Schwermetall auf die Straße ausgeschwemmt werde.

Stadtrat Schroth (Grüne) fragte nach Alternativen.

Herr Bernecker berichtete, dass man zahlreiche Varianten untersucht und mit den zuständigen Behörden diskutiert habe, wie beispielsweise Erdverschüttungen oder Stützwände. Die vorgestellte Variante sei aber die kostengünstigste. Technische Bauwerke haben eine Lebensdauer per Definition von 80 Jahren. Man habe ein System gewählt, das man einfach nachrüsten könne. Man überlasse das System aber nicht sich selbst, sondern habe eine Überwachung vorgesehen.

Herr Nübling antwortete zum Sickerwasser, dass man dieses fasse und kontrolliert aufnehme. Kleinstmengen die noch auftreten, können über die Kanalisation abgegeben werden. Dies sei so mit dem AHW abgesprochen.

Stadtrat Sauer (CDU) sprach an, dass Wiesloch in einer etwas kräftigeren Finanzklemme stecke. Er fragte, ob man die Sanierung noch schieben könne, so wie man ja auch Straßensanierungen schiebe.

Herr Kaiser antwortete, dass der nächste Schritt die Genehmigungsplanung sei, die momentan noch zu 100 % gefördert werde.

Frau Stein ergänzte, dass diese Mittel der Stadt Wiesloch noch bis zum 10. Juni zur Verfügung stehen.

Herr Kaiser fügte hinzu, dass die Ausführung derzeit noch mit 50 bis 90 Prozent gefördert werde. Wann es eine Novellierung des Fördergesetzes gibt sei noch unklar. Es bestehe keine Gefahr im Verzug, daher könnte man die Maßnahme durchaus noch schieben. Seine Empfehlung sei jedoch, die derzeit möglichen Fördermittel in Anspruch zu nehmen. Er könne natürlich nicht für das Landratsamt sprechen, wann die Maßnahme fertig gestellt sein muss.

Stadtrat Seewöster (WGF) antwortete, dass also keine akute Dringlichkeit bestehe die Maßnahme 2012 umzusetzen. Er fragte nach den Flächenanteilen.

Frau Stein antwortete, dass es aber einen dringenden Appell des Landratsamtes gebe. Im Sanierungsbereich liegen verschiedene Flächen wie beispielsweise Gewerbeflächen und Außenbereich. Die Flächen werden alle unterschiedlich bewertet.

Oberbürgermeister Franz Schaidhammer ergänzte, dass die Stadt noch mit dem Insolvenzverwalter verhandeln müsse.

Stadtrat Seewöster (WGF) fasste zusammen, dass es beim heutigen Beschluss nur um die Planung und nicht um den Geländekauf gehe. Diesen sollte man auch noch nicht tätigen. Er fragte nach der Höhe des Fördersatzes.

Frau Stein antwortete, dass die Maßnahme zu 90 % gefördert werde wenn Wiesloch nachweise, dass es arm ist. Ansonsten bekomme man Fördermittel in Höhe von 50 %.

Stadtrat Seewöster (WGF) forderte, dies aber zuerst mit dem Land abzuklären.

Oberbürgermeister Franz Schaidhammer versicherte, dass man die Arbeiten erst dann vergebe, wenn der Bewilligungsbescheid vorliege und man somit Klarheit über die Höhe der Förderung habe.

Stadtrat Bruder (FWW) bat darum abzuklären, ob und wie man die anderen Grundstückseigentümer mit heranziehen könne. Je mehr Wiesloch unternehme desto tiefer komme man in den Sumpf hinein. Er würde die Maßnahme gerne schieben.

Oberbürgermeister Franz Schaidhammer entgegnete, dass die Mittel für Altlastenerhebungen bisher sukzessive gekürzt wurden. Es könnte also sein, dass man künftig auch die Planung bezahlen müsse.

Herr Kaiser bestätigte, dass die 100%ige Förderung der Planungskosten nur noch nach dem alten Gesetz möglich sei. Wenn die Planung jetzt nicht vergeben werde, würde beim nächsten Versuch das neue Gesetz angewendet werden, demnach läge die Förderung nur noch bei 50 %.

Stadtrat Rothenhöfer (SPD) fragte, wie Wiesloch in der Rangfolge im Land stehe. Nämlich ob man bei den gelehrigen und eifrigen Schülern sei die als erste sanieren, oder ob man mit der Altlastensanierung eher am Schluss liege. Es könne nicht sein, dass Wiesloch belastete Grundstücke aufkauft um die dann zu sanieren. Für ihn seien noch einige Fragen offen, und bei der städtischen Haushaltsslage stehe diese Maßnahme nicht an vorderster Stelle.

Herr Kaiser berichtete, dass die Altlastenbearbeitung im Land seit etwa 20 Jahren gängige Praxis sei. Gerade im kommunalen Bereich seien mittlerweile alle Problemstellen aufgedeckt und man arbeite nun an der Bewältigung.

Oberbürgermeister Franz Schaidhammer fragte, ob man mit dem nächsten Planungsschritt eine größere Verpflichtung eingehe.

Herr Kaiser antwortete, dass die aktuelle Stufe die Sanierungsplanung sei, aufgeteilt in eine Entwurfs- und eine Sanierungsplanung. Der Entwurfsplan sei fertig, nun käme der Sanierungsplan. Er könne die Stadt aber nur fachlich, und nicht juristisch beraten.

Stadtrat Rothenhöfer (SPD) fragte, ob es in Baden-Württemberg bereits abgeschlossene Maßnahmen gebe.

Herr Kaiser bejahte dies, es gebe bereits eine abgeschlossene Maßnahme im Rhein-Neckar-Kreis. Er wisse jedoch nicht genau wo, da dies von einem anderen Büro bearbeitet wurde. Die Stadt möge sich doch einfach beim Landratsamt informieren. Eine zeitliche Streckung sei möglich, aber man dürfe dabei nicht vergessen, dass die Stadt bei der Maßnahme einen Partner hat, nämlich das Landratsamt. Die Böschung des Schafbuckels werde überwacht. Er bewege sich, ein Versagen der Böschung sei jedoch nicht absehbar. Wenn es so weit käme, müsste man unbedingt handeln.

Stadträtin Eger (Grüne) fragte nach den Kosten für den Grunderwerb.

Herr Nübling antwortete, dass das Plateau eine Fläche von etwa 8.000 Quadratmetern habe. Der Preis sei jedoch Verhandlungssache, hierüber könne er nichts sagen.

Stadträten Eger (Grüne) fragte, ob man auch sichern könnte ohne die Grundstücke zu erwerben.

Frau Stein bestätigte dies, die Eigentümer müssen die Maßnahmen dulden, wenn sie ihre Grundstücke nicht verkaufen wollen.

Herr Kaiser ergänzte, dass es unterschiedliche Duldungsverfügungen gebe die das Landratsamt erlassen könne. Und dass es natürlich auch Rechtswege gebe dagegen vorzugehen.

Stadträtin Merkel-Grau (Grüne) erinnerte an die Tendenz in unserer Region zu Trockenheit und Starkregen. Sie fragte, ob in solch einer Situation der Südhang abrutschen könnte.

Herr Bernecker erläuterte, dass man ja schon Teilausbrüche und Erosionsrinnen habe. Man habe aber noch keinen zunehmenden Trend von Verformungen festgestellt. Klar sei aber, dass die Außenhaut immer dünner werde.

Stadtrat Rothenhöfer (SPD) fragte, ob man einfach wieder Außenhaut aufbringen könne. Material habe man ja genug.

Herr Kaiser erklärte, dass ein Erdwall noch teurer wäre.

Stadtrat Seewöster (WGF) äußerte, dass der Gemeinderat für die Entscheidung über die Maßnahme eine Kostenberechnung benötige.

Herr Kaiser antwortete, dass es diese bereits gebe.

Stadtrat Sauer (CDU) sah am Südhang keine Gefahr. Man sollte daher lieber die Maßnahme im oberen Bereich durchführen, hiervon habe der Eigentümer selbst dann auch Vorteile. Man müsse aber wegen der Grundstücksfrage hart verhandeln.

Herr Kaiser antwortete, dass das Land über die Bereitstellung der Fördermittel entscheide und er nicht glaube, dass das Land erlaube sich die Rosinen im Rahmen der Altlastensanierung herauszupicken, da es schließlich um Gefahrenabwehr gehe. Dies müsste jedoch direkt mit dem Land abgeklärt werden. Allerdings sei es unüblich, Planungen auseinander zu nehmen.

Stadtrat Schroth (Grüne) schlug vor, heute die Planung zu beauftragen, jedoch noch nicht darüber zu entscheiden wann was gekauft und saniert wird.

Oberbürgermeister Franz Schaidhammer fasste zusammen, dass man heute auch gar nicht mehr wolle. Die Trennung der Ausführung der Maßnahme werde man noch mit dem Land besprechen.

Stadtrat Deschner (CDU) erinnerte daran, dass die Stadt beim Schafbuckel die Verantwortung ja bereits übernommen habe. Er schätze die Gefahr am Schafbuckel allerdings höher ein als ein 100-jähriges Hochwasser, für dessen Schutz man seit Jahren viel Geld ausbebe.

**Die Stadt Wiesloch beauftragte die Firma Arcadis, die Genehmigungsplanung zur Sanierung der Altlast Schafbuckel laut Angebot zu erstellen. (Mehrheitlicher Beschluss, 12 Jastimmen, 1 Neinstimme, 2 Enthaltungen.)**

<b>2 Straßenbauarbeiten im Stadtgebiet; Arbeitsvergabe</b> Vorlage 86/2011
---

Frau Dahner erläuterte das Submissionsergebnis.

Stadtrat Seewöster (WGF) zeigte sich erfreut über das gute Ergebnis und fragte, was man mit den übrigen 100.000 Euro machen wolle.

Frau Dahner antwortete, dass es bei Tiefbau- und Erdarbeiten immer leicht Nachträge geben kann, daher sollte man sicherheitshalber lieber über noch freie 75.000 Euro reden.

Stadtrat Seewöster (WGF) schlug vor, damit andere Investitionen in diesem Bereich zu tätigen und es nicht an andere Teilhaushalte weiter zu geben.

Frau Dahner berichtete, dass sie ebenfalls das Geld für Straßenbauarbeiten ausgeben möchte und vielleicht bei anderen Maßnahmen einfach die Abgrenzungen ausweiten würde.

Stadtrat Sauer (CDU) war ebenfalls dafür dieses Geld für Straßensanierungen auszugeben.

Frau Dahner führte aus, dass sie versuchen möchte bei einer anderen Straße einen Nachtrag zu erteilen. Dies müsse sie aber zunächst noch mit dem Rechnungsprüfungsamt abklären, da Nachträge im Vergaberecht nicht so einfach seien.

Stadtrat Wagner (CDU) entgegnete, dass man mit diesem Geld lieber Schulden abtragen sollte.

**Der Ausschuss beschloss, die Straßensanierungsarbeiten in der Parkstraße und in den Weinäckern an die Reimold GmbH aus Gemmingen in Höhe von 127.843,75 € zu vergeben. (Einstimmiger Beschluss, 1 Enthaltung.)**

### **3 Schillerstraße; Information** Vorlage 87/2011

Frau Dahner stellte die Planungen der letzten 20 Jahre vor, siehe Präsentation.

Stadtrat Blaser (CDU) kritisierte, dass der Gemeinderat Verkehrsprobleme immer mit sehr teuren Maßnahmen lösen möchte. Alle wollen Vieles ändern, wofür man jedoch kein Geld habe. Man könnte in der Schillerstraße doch einfach nur Tempokontrollen durchführen, dann würde langsamer gefahren werden und man hätte zusätzlich noch Einnahmen. Früher habe es Schülerlotsen gegeben, das wäre vielleicht auch eine Idee.

Stadtrat Rothenhöfer (SPD) fragte, ob es überhaupt eine Chance auf die Umsetzung der Maßnahme gebe, da es sich doch um eine Landesstraße handle.

Frau Dahner antwortete, dass alle Beteiligten wie Straßenbauamt, Straßenverkehrsbehörde und Polizei der vorgestellten Variante zustimmen. Insofern könnte diese Lösung tatsächlich auch realisiert werden.

Stadtrat Wagner (CDU) befürchtete, dass es durch die Veränderungen auf der Südlichen Zufahrtsstraße noch mehr Rückstau nach Altwiesloch geben könnte. Für die Kreuzung Heidelberger Straße/Schillerstraße sei es allerdings der beste Plan, den er je gesehen habe.

Stadtrat Ziehensack (SPD) wies darauf hin, dass viele Kinder die Unterführung nutzen. Radfahrer sehe man an dieser Stelle weniger. Er frage sich daher ob es Sinn mache, die Unterführung zu schließen. Radfahrer könnten ihre Räder schließlich schon heute durch die Unterführung schieben.

Frau Dahner bestätigte seine Einschätzung, dass in der Unterführung viel Betrieb sei.

Stadtrat Schroth (Grüne) entgegnete, dass man am 30. März doch einen Grundsatzbeschluss gefasst habe. Für die Südliche Zufahrtsstraße benötige man keine separate Radspur, da dort nicht so viel Verkehr sei. Und in der Schillerstraße möchte man schließlich eine gemeinsame Verkehrsfläche schaffen.

Stadtrat Bruder (FWW) befürchtete, dass die Ampel Heidelberger Straße/Schillerstraße von den Radfahrern gar nicht angenommen werde. Die Radfahrer seien schließlich diejenigen,

die sich am wenigsten an die Verkehrsregeln halten. Er warne davor die Schillerstraße für den Autoverkehr komplett zu sperren, da die Anwohner dagegen seien und sich frei bewegen möchten.

Stadtrat Schindler (FWW) erinnerte daran, dass es gar keinen Grundsatzbeschluss zur Schillerstraße gebe, da man zuvor erst alle Pläne sehen und im Ausschuss hierüber beraten wolle. Er fragte ob es möglich sei, die Einfahrt in die Schillerstraße von der Heidelberger Straße aus kommend für Linksabbieger zu sperren.

Stadtrat Rothenhöfer (SPD) entgegnete, dass viele Busse diese Route nutzen.

Frau Dahner ergänzte, dass ja auch viele Anwohner in diesem Gebiet leben und diese Zufahrtsmöglichkeit nutzen.

Stadtrat Weimer (SPD) hielt die Lösung für die Südliche Zufahrt für gut, sie könne auch gerne noch auffälliger sein. Man sollte allerdings darüber nachdenken ob es Lösungen gibt, den Verkehr in der Schillerstraße noch weiter zu beruhigen.

Stadtrat Schroth (Grüne) hielt die Bushaltestelle wo es zum Köpfe hoch geht für den wichtigsten Punkt in der Schillerstraße. Und wenn man dort eine Sperre oder ein Durchfahrtsverbot-Schild anbringen würde, hätte man eine echte Beruhigung der Schillerstraße.

Stadtrat Sauer (CDU) hielt die Querungshilfe für Radfahrer für erforderlich, ansonsten sollte aber nichts verändert werden. Er sehe allerdings ein Akzeptanzproblem für diese neue Ampel. Daher halte er es für wichtig, diese Idee öffentlich bekannt zu machen, beispielsweise im Internet. Zudem sollten die Leute aufgefordert werden, die Planung zu kommentieren.

Stadtrat Seewöster (WGF) hielt die Sperre wie von Stadtrat Schroth beschrieben für einen Schildbürgerstreich, da die Anlieger mit der jetzigen Situation doch zufrieden sind.

Stadtrat Rothenhöfer (SPD) nannte diese Sperrung für kompletten Unfug, da sie viele unnötige weitere Fahrzeugbewegungen produziere.

Frau Dahner berichtete, dass beide vorgestellten Maßnahmen etwa 100.000 Euro kosten. Die Idee mit dem Internet werde sie aufgreifen.

#### **Beraten.**

<p><b>4 Fassadensanierung der Gerbersruhschule</b> <b>1. Bauabschnitt - Arbeitsvergabe – Natursteinarbeiten</b> Vorlage 94/2011</p>
---

Frau Schomakers erläuterte die Tischvorlage.

Stadtrat Seewöster (WGF) kritisierte, dass es weder einen Baubeschluss noch eine Kostenberechnung gebe. Die Verwaltung halte das vom Gemeinderat beschlossene Prozedere nicht ein, deshalb könne er der Vorlage heute nicht zustimmen.

Oberbürgermeister Franz Schaidhammer entgegnete, dass diese Maßnahme im Ausschuss bereits vorgestellt wurde, jedoch ohne Kostenberechnung.

Stadtrat Sauer (CDU) fragte, ob die Ausschreibung im Hause erstellt wurde. Sandsteinarbeiten seien immer schwierig einzuschätzen.

Frau Schomakers antwortete, dass ein Sachverständiger das Gutachten und das Leistungsverzeichnis erstellt habe.

Herr Schweinfurth ergänzte, dass die Arbeiten so teuer sind weil derzeit viele Konjunkturmaßnahmen laufen. Zudem gebe es bald einen Katholikentag in Mannheim, und

vorher werden noch viele Gebäude saniert. Diese konjunkturelle Überhitzung führe zu den hohen Preisen. Die Ausschreibung habe ein Fachmann erstellt. Man könne dem Gemeinderat die Maßnahme und die Kostenberechnung gerne noch ausführlich vorstellen. Handeln müsse man aber noch in diesem Jahr, da Gefahr im Verzuge bestehe. Die Durchführung der Arbeiten sei zudem noch abhängig von der Lieferzeit des Sandsteins, diese könne acht bis zehn Monate betragen.

Stadtrat Schindler (FWW) schlug vor, erst im nächsten Frühjahr auszuschreiben, um günstigere Preise zu bekommen.

Frau Schomakers entgegnete, dass man den oberen Bauabschnitt gleich machen sollte, diese Arbeiten werden schätzungsweise vier Monate dauern.

Oberbürgermeister Franz Schaidhammer ergänzte, dass das Risiko weiter zunehmender Schäden nicht unerheblich sei. Zudem wisse man nicht, ob die Preise noch weiter steigen werden.

**Der Ausschuss beschloss einstimmig, die Ausschreibung der Natursteinarbeiten für die Fassadensanierung der Gerbersruhschule aufzuheben und die Verwaltung zu ermächtigen, die weitere Vorgehensweise zu klären.**

## 5 Verschiedenes

### a) Sanierung GSG-Tiefgarage, Absturzsicherung

Frau Schomakers berichtete, dass im Vertrag geregelt sei dass die Verkehrssicherungspflicht der Pächterin obliegt. Das Angebot für eine einfache Absturzsicherung liege bei 6.400 Euro. Im Grundbuch seien keine Nutzungsrechte für die Grünfläche eingetragen.

### b) Verkehrsregelung Fachmarktzentrum/Tuchbleiche/Untere Hauptstraße

Frau Flachs stellte den Beschilderungsplan vor. Mit dieser Beschilderung könne man die vom Gemeinderat beschlossene Einbahnstraße erreichen. Eine „richtige“ Einbahnstraße mit Busspur festzulegen sei nach verkehrsrechtlichen Vorschriften nicht möglich.

Stadträtin Merkel-Grau (Grüne) vermutete, dass die Leute dann künftig durch die Gerbereistraße fahren werden um diese Einbahnstraße zu umgehen. Sie kritisierte, dass mit diesem Beschilderungsplan die untere Hauptstraße aber nicht attraktiver werde. Und dies sei schließlich das Ziel gewesen, das Fachmarktzentrum durch eine attraktive untere Hauptstraße an die Fußgängerzone anzubinden.

### c) Budgetansatz 2011 für Bußgelder wird nicht erreicht

Frau Flachs berichtete, dass der Budgetansatz beim Bußgeld im Jahr 2011 bei weitem nicht erreicht werden könne. Gründe hierfür seien defekte Kameras beziehungsweise eine defekte stationäre Anlage. Die Kameras stammen aus dem Jahr 1990, die Videokamera aus 1999. Zunächst habe die Verwaltung nicht gehandelt um den Beschluss zu den Vorschlägen aus dem Verkehrsforum Ende März abzuwarten. Zwischenzeitlich habe man mit der Reparatur begonnen beziehungsweise mit dem Einholen von Angeboten.

Stadtrat Schindler (FWW) fragte, was die Modernisierung der Anlage kosten würde.

Frau Flachs antwortete, dass diese bei 136.000 Euro läge. Denkbar sei auch eine kleinere Lösung mit Einschüben im Wechsel, diese koste etwa 80.000 Euro. Sie wäre

gerne in den Ausschuss gekommen um diese Neuanschaffung vorzuschlagen, sie habe jedoch keinen Deckungsvorschlag für die Kosten.

Oberbürgermeister Franz Schaidhammer ergänzte, dass diese Beschaffung aus wirtschaftlichen Gründen jedoch vernünftig sei.

Stadtrat Blaser (CDU) fragte, wie viel Personal man einsparen könnte wenn man nichts ersetzt und künftig auch nicht mehr kontrolliert.

Stadtrat Weimer (CDU) entgegnete, dass genau dieses Thema im Gemeinderat zur Debatte stand und man es abgelehnt habe.

Stadtrat Sauer (CDU) erinnerte daran, dass dieser Beschluss nach 22:00 Uhr gefasst wurde...

Stadtrat Seewöster (WGF) fragte, ob man festgestellt habe dass ohne diese Kontrollen wieder mehr gerast wurde.

Frau Flachs antwortete, dass dies nicht so sei, sie dies aber auch nur schlecht beurteilen könne. Das große Thema sei jedoch die Verkehrssicherheit, und nicht die Einnahmen durch Bußgelder.

Oberbürgermeister Franz Schaidhammer ergänzte, dass man nach wie vor viele Beschwerden von Anliegern bekomme, die darauf drängen dass bei ihnen geblitzt wird.

**d) Keine Post-Briefkästen im südlichen Stadtbereich**

Stadtrat Rothenhöfer wies darauf hin, dass es im gesamten Stadtgebiet südlich der Volksbank keine Briefkästen gebe. Der Briefkasten beim Jugendzentrum wurde entfernt, und die Bebauung des Gebiets Häuselacker habe die Post anscheinend völlig verschlafen. Die Stadtverwaltung möge dies bitte der Post vortragen.

**e) Gerüst am ehemaligen Bahnhofshotel**

Stadtrat Rothenhöfer wies darauf hin, dass beim ehemaligen Bahnhofshotel nun seit drei Jahren ein Gerüst stehe, ohne dass am Gebäude merklich etwas passiere. Man sollte vielleicht progressive Gebühren einführen, um einen Gehweg nicht so lange zu beeinträchtigen.

**f) Sponsorenzusage für Grabsteine Schillerpark, Bronnerverein**

Stadtrat Weimer fragte nach, warum man die Spendenzusage der benachbarten Baustelle nicht annehmen könne. Diese Materialspende sei angeblich nur möglich, solange daneben gebaut werde.

Herr Singler antwortete, dass man es zeitlich einfach nicht schaffe, die Planungen für den Schillerpark so schnell umzusetzen. Er sei jedoch bereits in Kontakt mit der Firma Dombrowski, und die Spende sei auch später noch möglich.

**g) Innerstädtische Grünstreifen, Entfernung von Hecken**

Stadtrat Weimer fragte, warum die Hecken entfernt wurden und die Fläche nun brach daliege. Er würde ohne Ersatzpflanzungen keine Hecken entfernen.

Stadträtin Becker ergänzte, dass es ziemlich hässlich aussehe.

Herr Singler berichtete, dass die Flächen neu eingesät wurden. Durch den fehlenden Regen seien diese Flächen aber noch nicht grün geworden. Er bitte hier noch um etwas Geduld, im nächsten Jahr sehe wieder schöner aus.

**h) Besichtigung Bürgerhaus Altwiesloch vor VKSS-Sitzung**

Stadtrat Weimer bat darum, zur Besichtigung auch den Stadtteilverein Altwiesloch einzuladen.

Oberbürgermeister Franz Schaidhammer informierte, dass es bei der Besichtigung hauptsächlich um den Gebäudezustand gehe. Man könne aber gerne ein oder zwei Nutzer dazu einladen.

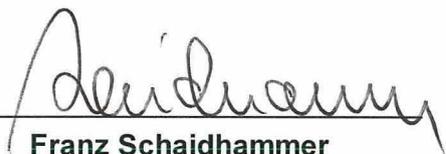
**i) Umgestaltung Pegel Waldangelbach**

Frau Stein informierte über die Umgestaltung des Pegels im Waldangelbach, die zur Herstellung der ökologischen Durchlässigkeit notwendig sei.

**j) Bebauungsplanverfahren Solarpark Nußloch, keine Stellungnahme seitens der Stadt Wiesloch**

Herr Schneider informierte, dass die Gemeinde Nußloch einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan zur Errichtung eines Solarparks aufstellen möchte. Parallel dazu soll der Flächennutzungsplan geändert werde. Die Stadt Wiesloch sei in ihren Belangen hiervon nicht betroffen, daher schlage man vor keine Stellungnahme abzugeben.

Niederschrift genehmigt, Wiesloch den 30.06.2011



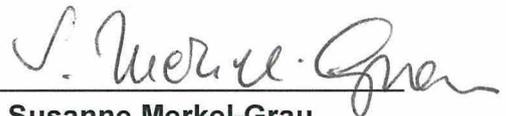
**Franz Schaidhammer**  
Oberbürgermeister



**Stefan Seewöster**  
Stadtrat



**Tanja Fritz**  
Schriftführerin



**Susanne Merkel-Grau**  
Stadträtin